

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853**

13.1.1853 (No. 11)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 13. Januar.

N. 11.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

## England.

Ueber das neue englische Ministerium, seine Bedeutung und Aufgabe, sein Programm und seine Zukunft bringt die „Indep. Belg.“ einen Artikel, der interessant genug scheint, um hier eine Stelle zu finden. Indem wir denselben wiedergeben, haben wir nur die Bemerkung vorauszuschicken, daß der Standpunkt, den das belgische Blatt einnimmt, ein sowohl in politischer als handelspolitischer Hinsicht dem des neuen englischen Ministeriums mehrfach befreundeter ist.

„Das Programm der neuen englischen Regierung“, sagt das erwähnte Blatt, „umfaßt eine Menge Gegenstände. Es will die bürgerliche und religiöse Freiheit, den Freihandel, die politischen Rechte erweitern, den Nationalunterricht ermuntern. Wir wissen nicht, bis zu welchem Punkte die etwas disharmonisierenden Elemente, woraus das Kabinett zusammengesetzt ist, ihm erlauben werden, seine Versprechungen zu erfüllen. Es ist z. B. zweifelhaft, ob in der Frage wegen Erweiterung des Wahlrechts Lord Aberdeen, der niemals ein eifriger Befürworter der politischen Reformen gewesen ist, sich mit den radikalen Sir. W. Molesworth's verständigen kann. Es ist ferner zweifelhaft, ob Lord John Russell, der Verfasser des bekannten Briefes an den Bischof von Durham, je mit Sir James Graham über die religiösen Fragen übereinstimmen kann. Trotz der hohen Talente und der innigen Vertrautheit mit den Staatsgeschäften, welche die meisten Mitglieder der neuen Verwaltung auszeichnen, kann es nicht fehlen, daß die Fragen, in Betreff deren sie sich in eingetragener Meinungsverschiedenheit befinden, bei manchen Gelegenheiten Steine des Anstoßes für das Kabinett werden. Die Weisheit in diesem Falle besteht in einer Umgehung oder Verzögerung, und allem Anscheine nach wird das neue Ministerium häufig sich genöthigt sehen, den letzten Weg einzuschlagen. So ist es wahrscheinlich, daß die Frage wegen Erweiterung der politischen Rechte, die schon in Folge des Amisantritts des Kabinetts Derby verschoben wurde, einen neuen Aufschub erleiden wird. In England, wie anderwärts, weht kein der Erweiterung der politischen Rechte günstiger Wind. Vor einigen Jahren war man allerdings über die Uebelstände sehr betroffen, welche aus der übermäßigen Beschränkung des Stimmrechts hervorgingen, und deshalb zeigte sich auch ein großer Eifer in dem Verlangen nach einer Reform. Seitdem aber in einigen Ländern Europa's den Fortschrittmännern mehr, als es wünschenswerth war, nachgegeben, seitdem die riesenhafte Maschine des allgemeinen Stimmrechts in Thätigkeit gesetzt worden, und seitdem die Erfahrung gezeigt hat, daß diese der Theorie nach so vollkommene Maschine in der Praxis keine sicheren Garantien für freie Institutionen bot, hat die unbegrenzte Ausdehnung des Wahlrechts eine große Anzahl ihrer wärmsten Anhänger verloren. Man hat weit besser als früher eingesehen, daß es eine Grenze gebe, vor welcher man, selbst im Interesse der errungenen Freiheiten, stehen bleiben müsse. In England vor Allem haben praktische Männer sich von der Unstatthaftigkeit überzeugt, Bevölkerungslaffen eine politische Thätigkeit einzuräumen, deren Votum sich nicht auf die erforderliche Bildung stützen würde. Eine wenig durchgreifende Reform würde von den Konservativen übel aufgenommen werden, und nur auf geringen Beifall der Liberalen zählen können. Wenn daher das Ministerium eine Reform unternimmt, um seinem Programm nicht ungetreu zu werden, so wird diese Reform wahrscheinlich völlig unbedeutend sein.

„Allem Anschein nach wird vornehmlich die Frage der Handelsreformen und des Budgets die Aufmerksamkeit des Kabinetts in Anspruch nehmen. Auf diesem Gebiete werden in der That alle seine Mitglieder an ihrem Plage sein. Denn sie sind entweder wie Lord John Russell Befürworter des Freihandels, oder Männer, die sich, wie Gladstone, zum Freihandel bekehrt haben. Alle sind von der Nothwendigkeit durchdrungen, auf einer Bahn, welche selbst das vorige Kabinett trotz seines Widerstrebens hatte betreten müssen; vorwärts zu gehen. Offenbar muß das Gladstone'sche Budget das Disraeli'sche in dieser Beziehung weit hinter sich lassen. Die letzten Ueberreste der Schutzzölle müssen vom britischen Boden verschwinden, und das liberale Kabinett würde die allgemeine Erwartung seiner Freunde und selbst die seiner Gegner täuschen, wenn es jene Ueberreste des alten Systems fortbestehen lassen würde.

„Ohne Zweifel ist der beste und ruhmreichste Theil der Handelsreform von Sir Robert Peel und Lord John Russell vollbracht. Dessenungeachtet sind auf diesem Gebiete noch ziemlich viel Aehren zu lesen. Vor Allem bedürfen die Zollreglements, welche trotz der Verdrängung der Schutzzölle durch den Freihandel mit Placereien und Zeitverlusten verknüpft sind, einer Verbesserung. Das Zollamt fungirt heute noch so, als ob die alte Verkehrsweise noch bestände. Es scheint nicht einzusehen, daß die Umständlichkeiten und der Zeitverlust, die bei den früheren Posten und Packetbooten erträglich waren, jetzt bei den Eisenbahnen und den raschen Dampfmaschinen unerträglich geworden sind. Endlich, wenn auch das Freihandelsystem in Großbritannien große Fortschritte gemacht hat, so gibt es doch noch manche Artikel, welche mit Schutzzöllen belastet sind. Dabin gehören z. B. Weiz, Jinn, Salz, Terpentinöl, Oranien, Butter, Käse, Cichorien,

Seidenwaaren, verschiedene Arten Leinwand. Auch die Schiffsbauer verlangen laut die Aufhebung der Zölle, womit die Einfuhr der Bauhölzer belegt ist. Der „Economist“ zählt 278 Artikel auf, welche von Zöllen, unter einem Ausfall von 1,275,071 Pf. St. für den Staatsschatz, zu entlasten wären, um den englischen Tarif von den letzten Spuren der Schutzzölle zu reinigen. Fügt man zu dieser Summe noch 400,000 Pf. St. hinzu, welche in Folge der Ermäßigung der ungeheuren Zollersteuer (2 1/2 Schill. das Pfd.), die von Disraeli beantragt wurde und schon deshalb von Gladstone nicht beibehalten werden kann, in Wegfall kommen würden, so würde die bevorstehende kommerzielle Reform für den Staatsschatz mit einem Opfer von 1,675,071 Pf. St. verknüpft sein. Doch darf man nicht vergessen, daß der wirkliche Verlust des Staatsschatzes aller Wahrscheinlichkeit nach weit unter jener Zahl bleiben würde. Denn bekanntlich ist nicht immer Verlust eine notwendige Folge von Zollaufhebungen oder Zollermäßigungen, wie nicht immer eine Zollerrhöhung zu einer Mehreinnahme führt. Die großen Reformen Sir Robert Peel's liefern hierzu einen schlagenden Beweis. Von 1842 bis 1850 schafften dieser Staatsmann oder seine Nachfolger Zölle im Betrage von 10,251,294 Pf. St. ab und doch war der wirkliche Verlust für den Staatsschatz nur 774,400 Pf. St. — eine Kleinigkeit.“

Ohne Zweifel werden Viele mit dieser freihändlerischen Auffassung nicht einverstanden sein, und auch in England wird es nicht an mächtigen Kämpfen dagegen fehlen; aber nichtsdestoweniger scheint sie mit den Intentionen des neuen Ministeriums ganz zusammenzufallen, und dürfte wohl auch in Wirklichkeit treten.

## Deutschland.

**Mannheim, 10. Jan. (Mannh. Z.)** Im verflochtenen Jahre sind über hier 36,282 Personen, wobei 7011 Kinder, nach Amerika ausgewandert.

— **Vom obern Neckar, 10. Jan.** Unser oberes Neckartal, freundlich und fruchtbar, wie es ist, zeichnet sich schon längere Zeit durch seine reichhaltigen Gipsgruben aus. Diese werden in der neueren Zeit in Dörigheim, Hahmersheim und dem zu Neckarzimmern gehörigen Weiler Steinbach besonders und namentlich auf dem letzten Plage von dem Hrn. Grafen v. Reichenbach bergwerksmäßig und nicht ohne Nutzen ausgebeutet. Dabei finden manche Leute Beschäftigung und Verdienst, was um so wünschenswerther ist, da einzelne Neckarorte wenig Grund und Boden besitzen, ihre Erwerbsquellen also in der fremden Arbeit suchen müssen. Bei Neckarzimmern wird in der neuesten Zeit viel Kalispath gegraben und zu Wasser, so viel wir wissen, in die Gegend von Köln verführt. Es dürfte sich erst später ergeben, in wie weit dieses Unternehmen von besonderem Nutzen auch für die anderen Orte des obern Neckars wird.

**S<sup>o</sup> Mosbach, 10. Jan.** Wir sind jetzt in einer Jahreszeit, in welcher es früher nicht an Störungen der öffentlichen Sicherheit in unserer Gegend zu fehlen pflegte. Dies ist gegenwärtig nicht mehr der Fall, unbedeutende Eigenthumseingriffe ungetreuet; und auch diese kommen selten vor. Die Ursache davon liegt zunächst darin, daß seit drei Jahren eine ziemlich Anzahl von verdächtigen Menschen auf überseeischen Boden verbannt wurde, um dort bessere Früchte, als auf ihrem heimatlichen Boden zu tragen; sodann darin, daß diejenigen, welche seit 20 und 30 Jahren urkundlich der gegen sie vorhandenen voluminösen Untersuchungsakten mit den spitzfindigsten Einzelheiten den Justinianischen Spruch: „si fecisti, nega“ durchzuführen und den Richter zu täuschen verstanden, in Folge von Geständnissen eines bereits im Zuchthaus zu Bruchsal befindlichen berechtigten Subjektes Namens Georg Maier von Neckarzimmern eingezogen wurden oder vor den Folgen ihrer alten Sünden in Angst und Schrecken versetzt, dem Arm der Gerechtigkeit durch die Flucht ebenfalls auf überseeischen Boden sich entzogen. Die durch diese Geständnisse hervorgerufenen neuen Untersuchungen, die gerade jetzt dahier gepflogen werden, liefern nun auch solche Resultate, daß es dem ephrlichen Manne vor solchen Gräueltaten hintennach noch bang werden muß.

Strassen und Wege, die ohnedies auch in ganz gutem Zustande sich befinden, sind also sicher, und es stünde in dieser Beziehung auch dem lebhaftesten Verkehr Nichts im Wege. Damit will es aber gerade nicht zum Besten gehen, wenigstens hört man darüber klagen. Wichtig ist jedenfalls, daß diese sonst belebte Gegend durch die Eisenbahnen viel gelitten hat, daß durch die jetzt im Bau begriffene Eisenbahn zwischen Würzburg und Frankfurt und die Verbindungsbahn zwischen Würtemberg und Baden der größere Verkehr vollends abgeleitet und die Neckar-Schiffahrt beeinträchtigt werden wird, so daß der Verkehr überhaupt ein lediglich lokaler bleiben wird. Dem kann nun freilich nicht wohl abgeholfen werden, da sich die Eisenbahnen nicht wie die Pflanzen überall hin versetzen lassen, und es bleibt deswegen den Bewohnern dieser Gegend nichts Anderes übrig, als sich mit Fleiß und Eifer insbesondere auf die bestmögliche Bebauung des Bodens zu verlegen und ihn so ertragsfähig als möglich zu machen.

In der Hauptsache geschieht Dies in löblicher Weise, und der Landwirth hat neben den bisher bestandenen ordentlichen Fruchtpreisen namentlich in dem abgewichenen Jahre Gelegenheit gehabt, seine Einnahmen wenigstens in altsald flüssigem Gelde zu steigern. Die Zuckerrüben Waghäusel hat nämlich seit Frühjahr v. J. eine Trockenanstalt in der Nähe der hiesigen Stadt an der ziemlich wasserreichen Elz (die noch für manches gewerbliche Unternehmen tauglich wäre) errichtet und wegen Lieferung von Zuckerrüben Verträge mit den Landwirthen der Gegend bis zum Betrag von etwa 100,000 Jntn. zu 24 kr. der Zentner abgeschlossen. Dieses Quantum wurde nun auch am letzten Herbst bis auf einige tausend Zentner geliefert und damit ein haarer Geldumsatz von etwa 40,000 fl. erzielt. Verächtigt man dabei noch, daß bei dieser Anstalt für die Dauer von 4 bis 5 Monaten eine ziemlich Anzahl sonst vielleicht müßiger Leute namentlich aus dem nahen Denzweiler Beschäftigung und recht anständige Zahlung finden, so ist es erklärlich, daß dieselbe einen wohlthätigen Einfluß auf unsere Gegend üben muß. Es ist deswegen zu wünschen, daß die Anstalt, die insbesondere im Herbst bei der Ablieferung der Rüben ein rühriges Treiben verursacht, recht in Schwung kommt, was sich bei der offenbaren Möglichkeit für diese Gegend und bei der Loyalität der Waghäuseler Fabrikherren kaum bezweifeln läßt, wenn nicht besonders widrige Zeitverhältnisse eintreten. Es behaupten zwar Manche, der Preis von 24 kr. per Zentner sei zu gering und der Betrag des Felbes mindere sich nach Abzug der mühsamen Bewässerungs- und Reinigungsstellen vor der Ablieferung auf den der ordinärsten Fruchtgattung. Allein Das ist offenbar unrichtig. Zuckerrüben gedeihen viel sicherer, als andere Fruchtgattungen, der fixirte Preis geht zu gewisser Zeit ein, der Produzent kann also darauf rechnen, und schon Das ist hoch anzuschlagen. Die größte Mehrheit der Landwirthe hat sich mit ihrem Nebeneträgniß zufrieden erklärt und der Sache einen guten Fortgang gewünscht, und damit ist man so ziemlich in der ganzen Umgegend einverstanden.

Von hier verdient noch die in neuerer Zeit errichtete Feuerwehre löbliche Erwähnung. Sie wurde durch patriotischen Eifer einzelner Männer hervorgerufen, erhielt ihre Ausrüstung hauptsächlich aus Mitteln der Gemeinde, und verspricht ein wirksames Gedeihen.

**Oberndorf, (W. Sttsanz.)** Abermals hat eine demokratische Zelebrität das Weite gesucht: der Schönfärber Heinrich Brandacker von Oberndorf.

**München, 10. Jan.** Heute wurde die bekannte Duellgeschichte zwischen dem Reichsrath Fürsten Brede und dem Abgeordneten Hrn. v. Lerchenfeld vor dem hiesigen k. Kreis- und Stadtgerichte verhandelt. Wie die „A. Ztg.“ schreibt, wurde Fürst Brede des Vergehens der Körperverletzung für schuldig erkannt und zu 6 Monaten Festungshaft verurtheilt.

Im Laufe dieser Woche wird Dr. v. d. Pfordten das Portefeuille des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten wieder übernehmen.

Man erwartet täglich das Eintreffen der neuen Beglaubigungsschreiben des französischen Gesandten, Hrn. v. Mezeval.

Die Erlaubniß, philosophische (namentlich ästhetische und kunsthistorische) Vorlesungen an der Universität München zu halten, welche dem Prof. M. Carriere unter dem Titel eines Honorarprofessors ertheilt wurde, bildet fortwährend den Gegenstand einer heftigen Polemik von Seiten der katholisch-klerikalen Blätter, die zum öftern bereits deshalb mit Beschlag belegt wurden. Ihre Angriffe sind ebensoviele gegen die Hegel'sche Vergangenheit dieses Dozenten gerichtet, wie gegen die Regierung, die denselben in München zugelassen. — Die Zahl der in diesem Wintersemester an der hiesigen Universität inskribirten Studirenden beläuft sich auf 1957.

**Ludwigshafen, 11. Jan. (Pfalz. Z.)** Heute haben die Taxationen zum Behuf der Grundenteignung für die Ludwigshafen-Wormser Bahnlinie ihren Anfang genommen. Das Expropriationsgeschäft wird bis gegen Mitte des nächsten Monats dauern, worauf dann die Grundarbeiten sogleich in Angriff genommen werden sollen.

**Frankfurt, 11. Jan. (Fr. P. Z.)** Sicherem Vernehmen nach hat vor kurzem die Bundesmilitärkommission hohen Senat um Komplettirung des Truppenkontingents der freien Stadt Frankfurt aufgefordert. Seit einiger Zeit wird nun die Verstärkung des Linienbataillons eifrig betrieben.

Seit kurzem langen auf der Taunus-Eisenbahn täglich für Rechnung hiesiger Konditionen große Transporte Eis an. Dasselbe wird aus der Schweiz bezogen und wird auf dem Rhein bis Mainz geführt. Von diesem Eis wird das Pfund in Frankfurt zu 9 Kreuzer verkauft.

**Mainz, 10. Jan.** Nach dem „Mainz. J.“ fordert ein Ausschreiben des bischöflichen Ordinariats an sämtliche Dekane, Pfarrer und Pfarrverwalter dieselben auf, von der Kanzel aus dringend vor dem Ankauf des Kalenders: Rheinischer Bote, ein Hausfreund für Rhein-

hessen, für das Jahr 1853, Darmstadt bei L. W. Leske, — zu warnen, und zwar wegen eines darin enthaltenen, die kath. Religionsgebräuche herabwürdigenden Gedichts von Moriz Hartmann.

○ **Berlin**, 10. Jan. Der bereits erwähnte Gesegenswurf, betreffend die Kompetenz des Kammergerichts zur Untersuchung und Entscheidung wegen der Staatsverbrechen, welcher vor einigen Tagen vom Justizminister bei der Zweiten Kammer eingebracht wurde, zerfällt in drei Abschnitte. Der erste behandelt in §§. 1 — 4 die Kompetenz des Kammergerichts und die Bildung der Senate desselben. Darnach wird die Kompetenz des Gerichts für die bezeichneten Verbrechen auf den ganzen Umfang der Monarchie ausgedehnt. Es werden im Kammergericht zwei Senate gebildet, deren einer über die Verlegung in Anklagestand zu beschließen, der andere auf Grund mündlicher öffentlicher Verhandlung, jedoch ohne Mitwirkung von Geschwornen, über die Schuld des Angeklagten und über die Anwendung des Gesetzes zu erkennen hat. Der zweite Abschnitt handelt in §§. 5 — 8 vom Vorverfahren; der dritte in §§. 9 — 13 vom Hauptverfahren. Bei der Hauptverhandlung kommen die für das Verfahren wegen Verbrechen bestehenden Vorschriften insoweit zur Anwendung, als dieselben sich nicht auf die Mitwirkung von Geschwornen beziehen. Die Erlassung des Urtheils über die Schuld des Angeklagten und über die Anwendung des Gesetzes erfolgt nach den für die Gerichtsabtheilungen bestehenden Vorschriften. Im Falle der Stimmengleichheit hat die dem Angeklagten günstigere Meinung den Vorzug. Die Erkenntnisse des Urtheils senates sind der Appellation nicht unterworfen; es findet gegen dieselben die Nichtigkeitsbeschwerde statt. An den Bestimmungen über den Militär-Gerichtsstand wird durch das neue Gesetz nichts geändert.

Nachdem der königliche Hof, wie schon angegeben, seit gestern seine Residenz im hiesigen königl. Schlosse genommen, wird am nächsten Mittwoch die Reihe der diesmaligen Hofeste durch eine große Cour eröffnet, auf welcher namentlich den Majestäten diejenigen Personen vorgestellt werden, welche seit der Hofeste noch nicht bewohnt. Dahin gehören namentlich die neu akkreditirten Geschäftsträger fremder Höfe, welche nicht feierlich bei Sr. Maj. dem Könige beglaubigt werden, sondern ihre Akkreditive an den Minister des Auswärtigen übergeben; dann die neuen Sekretäre und Attachés der Gesandten; eben so die Damen der Diplomatie, so wie diejenigen jungen Damen der hiesigen höhern Welt, welche zuerst in die Gesellschaft eingeführt werden.

Das am 7. d. M. von Hrn. v. Bismarck als interimistischem Präsidialgesandten dem französischen Gesandten Hrn. v. Tallenay übergebene Anerkennungsschreiben des Bundes wegen der Thronbesteigung des neuen Kaisers der Franzosen ist sofort per Kurier nach Paris befördert worden. Die förmliche Akkreditivung des Hrn. v. Tallenay als kaiserlichen Gesandten beim Bunde soll bereits Ende dieser Woche zu erwarten stehen. Die neuerdings vom „Fr. Journ.“ wiederholte Mittheilung von der alsbaldigen Abberufung des preussischen Bundestags-Gesandten und seiner Bestimmung für den Gesandtschaftsposten in St. Petersburg entbehrt der Begründung. Hr. v. Bismarck bleibt in Frankfurt und General v. Kochow kehrt Anfangs Februar auf seinen Posten am kaiserl. russischen Hofe zurück.

Gestern Mittag 12 Uhr trat das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen. Auch heute Abend 6 Uhr fand wieder ein Ministerrath statt. In beiden Sitzungen handelte es sich um die Erörterung von Kammervorlagen.

Morgen wird in den Abtheilungen der Zweiten Kammer der Antrag der katholisch-kerikalen Fraktion in der Jesuitenfrage zur Erörterung kommen.

\* **Leipzig**, 9. Jan. Das „Fr. J.“ berichtet von einem hier vorgefallenen gräßlichen Raubmord, verübt an einer allein wohnenden Frau. Der Leiche war ein Messer in die Hand gesteckt worden, um den Glauben zu erwecken, sie habe sich selbst ermordet. Der Thäter ist noch nicht entdeckt.

Das sächsische Ministerium hat neue verschärfte Verfügungen über das Ausstellen akademischer Zeugnisse über den Besuch der Vorlesungen an der hiesigen Universität erlassen.

Die letzten Stadtverordneten-Wahlen, die bekanntlich im oppositionellen Sinn ausgefallen sind, scheinen in Dresden einen sehr übeln Eindruck gemacht zu haben. Doch scheinen sie formell richtig und von dieser Seite nicht angreifbar zu sein.

\* **Wien**, 8. Jan. Einer Mittheilung der „A. Z.“ zufolge wären bei den Zollverhandlungen, die jetzt in Berlin gepflogen werden, wieder größere Schwierigkeiten entstanden, als man seit der Reise des Kaisers nach der preussischen Hauptstadt anzunehmen geneigt war. Da der Artikel jedoch wenig Spezielles enthält und nicht aus eingeweihter Feder zu stammen scheint, so mag es bei dieser Hinweisung auf denselben sein Bewenden haben. Obnehin haben sich bekanntlich die beiden verhandelnden Regierungen die strengste Verschwiegenheit zum Grundsatz gemacht.

Heute war der erste Kammerball bei J. Kais. Hoheit der Erzherzogin Sophie; der Kaiser und sämtliche hier anwesende Glieder des Kaiserhauses nahmen daran Theil.

Man erwartet in nächster Zeit eine Verordnung in Bezug auf das österreichische Reichs- und die Landeswappen. Am 8. d. wurde in Wien die Zahlungseinstellung des dortigen Hauses F. Ullinger bekannt. Die Passiva soll sich auf 270,000 fl. gegen Aktiva von 200,000 fl. belaufen.

Heute früh wurden im Verbrennhause am Glacis eine halbe Million Gulden öffentlich verbrannt, welche Beträge aus den verschiedenen Landesklassen eingeflossen sind und zu Zahlungen nicht mehr hinausgegeben werden.

Statistischen Ermittlungen zufolge zählt die k. f. Marine eine Dampfmaschine auf 2 Dampfkräften von 675 Pferdekraft, 5 größeren Dampfmaschinen von 660, 4 Dampfmaschinen von 50, 3 kleineren Dampfmaschinen von 89 Pferdekraft. Von diesen Maschinen wurden 3 von 340 Pferdekraft und 194,500 fl.

Anschaffungskosten im Inlande, und 6 von 1069 Pferdekraft, und 557,000 fl. Anschaffungskosten in England erzeugt.

Die österreichische Regierung, die sich mit der russischen bemächtigt, in Konstantinopel eine friedliche Schlichtung der montenegrinischen Wirren herbeizuführen, hat unterdessen in Dalmatien für gewisse Coeventualitäten Vorkehrungen getroffen. Die Truppen sind verstärkt worden und sind näher an die montenegrinische Grenze gerückt. Sie werden kommandirt von dem Generalmajor v. Mamula.

Um dem Schmuggel zur See mit Erfolg entgegenzutreten zu können, ist dem „W. Entsatz.“ zufolge beschlossen worden, die Beschaffenheit der Schiffe, mittelst welcher bis jetzt die Ueberwachung ausgeführt wurde, zu verändern und die Vrazzeri, eine Art leichter Küstenfahrzeuge, einzuführen.

Der Entwurf eines neuen österreichischen Handelsgesetzes ist nun von der Ministerialkommission beraten und wird demnächst einer besondern Kommission, deren Mitglieder bereits gewählt sind, zur Begutachtung vorgelegt werden.

Der „Allg. Ztg.“ wird von hier geschrieben, daß die Nachricht von der Reise der Kaiserin von Rußland über Wien nach Venedig, welche auch preussische und andere Blätter gemeldet haben, unbegründet sei.

\* **Wien**, 8. Jan. Wenn man dem Geschrei der englischen Blätter immer und in allen Stücken Glauben schenken könnte, so stünde der Graf von Westmoreland am Vorabend seiner Abberufung, weil er einem in englische Blätter schreibenden Engländer angeblich nicht genügenden Schutz habe zukommen lassen. Inzwischen scheint doch die Sache nicht halb so arg zu sein, als die Blätter sie machen; wenn nicht etwa Lord Russell persönliche oder Parteigründe hat, den hiesigen Gesandtschaftsposten anderweitig zu besetzen, so wird Graf Westmoreland wohl bleiben, zur Freude der Künstlerwelt, deren thätiger Gönner er ist, zum Vergnügen der vornehmen Gesellschaft, die sich sehr gut mit ihm verträgt. Wenigstens ist die ärgerliche Geschichte beigelegt, welche so viel Lärm in England gemacht hat, weil die Britten immer noch nicht begreifen wollen, daß man sich in Oesterreich unmöglich nach ihren Gewohnheiten bequem machen kann, sondern daß ein Reisender, auch wenn er ein Engländer ist, sich den Gesetzen des Landes zu unterwerfen hat. Im vorliegenden Fall ist eine Untersuchung gegen einen Engländer eröffnet worden, weil er sich den Verdacht zugezogen hatte, in verhänglichem Briefverkehr mit Flüchtlingen zu stehen. Seine Schuldlosigkeit scheint sich herausgestellt zu haben; wenigstens darf er in Wien bleiben, und Niemand hindert ihn, seine Berichte an das „Chronicle“ zu schreiben, nach wie vor. Die britische Regierung aber wird zweifelsohne vollkommen einsehen, daß es gerechter und viel kürzer war, den Verdacht gleich an Ort und Stelle zu untersuchen, statt etwa den Verdächtigen nach London zu schicken, um dort die Sache anhängig zu machen, selbst wenn ein solches Verfahren sich mit der Würde einer Großmacht vertrüge.

Einstweilen wird der großbritannische Gesandte gleich im Anfang der Reihe der Faschingsfestlichkeiten eröffnen helfen, welche in diesem Jahre sich besonders eng an einander drängen, weil der Aschermittwoch schon auf den 9. Februar fällt. Graf Westmoreland bewohnt einen der stattlichsten Palläste der Kaiserstadt, den loburgischen, welcher im Munde des Volkes wegen seiner vielen gekoppelten Säulchen an der weit hin sichtbaren Vorderseite die Spargelburg heißt.

Schon vor längerer Zeit, als davon die Rede war, Hrn. v. Brud nach Berlin abgehen zu sehen, lag die Vermuthung nahe genug, in dieser wichtigen Sendung den Anbeginn einer erneuerten öffentlichen Laufbahn dieses Staatsmannes zu erblicken. Diese Vermuthung, welche in der Hauptsache allerdings auf gutem Grunde ruht, hat sich seitdem zu allerlei Gerüchten krystallisirt. So hieß es u. A., Hr. v. Brud solle das Finanzministerium abgelehnt haben. Wir glauben indessen nicht, daß es ihm angeboten worden. Welcher Grund wäre auch dazu vorhanden gewesen, da die Verwaltung des jetzigen Finanzministers die segensreichsten Früchte trägt, und das Vertrauen sich wiederherstellt, dessen Mangel allein den Werth des Papiergeldes herunterdrückte? Die Valuta stellt sich allmählig wieder her, wie Sie aus den Börsenberichten ersehen, natürlich nicht ganz ohne Schwankungen. Das Aufgeld für Silber betrug vor zwei Jahren 30 %, heute steht es auf 9 1/2 % und war vor einigen Tagen schon unter 7. Dieses kleine Steigen kann nur vorübergehend sein, denn größere Massen von Silber werden den Wechseln vergeblich angeboten, und bei kleineren Zahlungen die Zwanziger bereits al pari mit Banknoten ausgegeben, während demnächst eine sehr große Menge von neuem Gepräge auf den Markt kommen wird. Die neuen Zwanziger sind kleiner als die alten, aber nur, weil sie weniger Kupfer enthalten. Der Silberwerth von 1/10 Mark ist genau derselbe, wodurch sich die Gerüchte von einer Veränderung des Münzfußes von selbst widerlegen. Der Vorrath von neuem Schlagsoll bereits sehr bedeutend sein.

#### Schweiz.

\* **Aus der Schweiz**, 11. Jan. Gestern trat die schweizerische Bundesversammlung in Bern wieder zusammen. Der Nationalrath wurde durch den Präsidenten, Regierungsrath Hungerbühler, mit einer Rede eröffnet, worauf der neue Freiburger Deputirte Dr. Charles beidigt wurde. Heute soll die Beratung des eidgenössischen Strafgesetzes beginnen. Gleichzeitig hielt der Ständerath seine erste Sitzung. Die Eisenbahn-Kommission wurde durch die Wahl der H. Steiger und Laß ergänzt.

Nach dem „Bund“ hat der Bundesrath die Stellen der Kreis-Postdirektion Basel meist mit den bisherigen Beamten wieder besetzt. Am 7. hat derselbe beschlossen, die von den Regierungen der Kantone Zürich, Bern, Luzern, Freiburg, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Thurgau und Gené eingegangenen Eisenbahn-Konzeptionen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten in Turin hat in seinem den Gesegensschlag über eine Eisenbahn Novara-

Arona begleitenden Berichte hinsichtlich der Verbindung des Langens- und des Bodensees sich gestützt auf den Koller'schen Bericht, eher zu Gunsten des Gotthard als des Lukmanier ausgesprochen, wogegen die H. Ingenieure La Nicca und Carbonazzi in einer eigenen Denkschrift den Nachweis der außerordentlichen Vorzüge des Lukmaniers vor jedem andern Alpenpasse leisten wollen.

Die Gesellschaft For, Henderson u. Komp., welche bekanntlich in Gené und Freiburg die Eisenbahn-Linie an sich zu bringen gesucht hat, soll sich nun nach der „Rev. Gen.“ mit der Westbahn-Gesellschaft, welche in Waadt konzeptionirt ist, verständigt haben.

Der Genéer Sr. Rath hat am 8. d. die Eisenbahn-Konvention mit General Dufour, Bartholony und Kohler für eine Eisenbahn von Gené nach Lyon in dritter Beratung genehmigt und, jedoch nicht ohne starke Opposition, eine Beteiligung des Kantons dabei mit 2 Millionen Franken ausgesprochen.

#### Frankreich.

† **Aus dem Elsaß**, 11. Jan. Wir haben fortdauernd eine so milde Temperatur, daß man sich kaum in den Winter verlegt glauben sollte. Unsere Berge sind noch ohne Schnee, und überall sieht man Bäume und Pflanzen in der Blüthe, die sonst erst im April aus dem Winterschlaf zu erwachen pflegen. Der durchschnittliche Stand des hundertgradigen Thermometers ist seit Weihnachten 12° über Null.

Nicht ohne Interesse hat man hier von dem politischen Einschreiten in Deutschland gegen eine Anzahl eigenthümlicher politischer Schriften gehört, die im Elsaß ihre Geburtsstätte haben sollen. Die revolutionäre Propaganda bedient sich darin des Organs von Sonnambülen, und legt denselben die abenteuerlichsten Drafsprüche über Deutschlands Gegenwart und Zukunft in den Mund. „Hochst merkwürdige Visionen und Träume eines von Gott erleuchteten Hellschers über Deutschlands schreckliches Loos und herrliche Zukunft; Kolmar, Druck und Verlag von Aug. Cellarius.“ ist der Titel einer dieser Schriften, der noch mehrere andere unter ähnlichem Titel gefolgt sind. Gewiß ein originelles Agitationsmittel, aber auf die Leichtgläubigkeit der Menge gar nicht übel berechnet. Uebrigens sind diese Broschüren von altem Ursprung.

Mit dem 22. d. beginnt im Departement des Niederrheins die Ablieferung des im abgelassenen Jahr gebauten Tabaks an die Regie.

Die Sammlung zum Besten der Ueberschwemmten vom vorigen August beträgt jetzt zusammen 190,676 Fr. 90 Cent.

† **Paris**, 10. Jan. Der amtliche Theil des „Moniteurs“ enthält heute nichts von Bedeutung. Gestern Morgen empfing der Kaiser eine große Anzahl von Generalen und Senatoren, und machte dann, von dem Marschall Baillat begleitet, eine Spazierfahrt in dem Boulogner Wald. Heute Mittag besuchte der Kaiser das Spital am St.-Martins-Thor. Er fuhr in einem offenen Wagen, nur von seinen Adjutanten und seiner militärischen Eskorte begleitet. Vorher fand Ministerrath in den Tuileries statt.

Der große Ball, den der Senat dem Kaiser gibt, findet den 25. d. statt. Dieses Fest soll sehr glänzend werden; bloß die Dekorationen der Säle werden 100,000 Franken kosten. Es scheint übrigens, daß man bei den Einladungen zu diesem Feste sehr wählerisch verfahren und dieselben nicht sehr ausdehnen wird, da jeder Senator nur vier Einladungskarten zur Vertheilung erhält.

Der Minister des Innern läßt das Gerücht über einen bevorstehenden großen Wechsel im Personale der Präfekturen und Unterpräfekturen widerlegen.

Auf Befehl des Ministers des Innern dürfen in Zukunft die Claqueurs nicht mehr vor dem Publikum in die Parterres gelassen werden. Dadurch will derselbe dem Claqueurgewerbe Schranken entgegensetzen, weil sich die besoldeten Beifallsgeber dann nicht mehr, wie bisher, zu kompakten Massen zusammenhäufen können, sondern unter dem Publikum zerstreut sein werden.

Die bekannte Broschüre Le Masson's, „von den Grenzen Frankreichs“, ist in Piemont verboten worden; auf Befehl des Ministeriums wurden die von Paris nach Sardinien gesandten Exemplare an der Grenze mit Beschlag belegt. — Der Gemeinderath von Gaillac im Tarn-Departement ist aufgelöst worden, weil nur sehr wenige seiner Mitglieder der Proklamation des Kaiserthums beigewohnt hatten. Ein ähnliches Loos wird wegen eines ähnlichen Betragens den Gemeinderath von Castres treffen. — Der Erzbischof von Grenoble hat in einem Hirtenbriefe den Geistlichen seines Sprengels angezeigt, daß er seine Entlassung genommen. — Der Graf v. Gouy, dessen Gemahlin zur Ehrendame der Prinzessin Mathilde ernannt worden ist, wird zweiter Kammerherr des Kaisers werden. Die Konseger Auber und Halesy werden ebenfalls am kaiserlichen Hofe, und zwar Jener als Kapellmeister und Dieser als Musikdirektor, angestellt werden. Im Jahr 1813 waren Lesueur und Paër mit diesen Funktionen beauftragt. — Die Temperatur in Paris und ganz Frankreich ist fortwährend äußerst mild. Die Kastanienbäume und Rosensträucher sind an mehreren Orten in voller Blüthe.

† **Paris**, 11. Jan. Der „Moniteur“ zeigt an, daß der Kaiser ein Schreiben der Königin von Spanien mit der Anzeige von der glücklichen Entbindung der Herzogin von Montpensier und ein zweites von dem König von Schweden mit der Anzeige von der Geburt eines Sohnes des Kronprinzen empfangen hat; sodann daß der Baron v. Seebach, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Sachsen, Hr. William Rives, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Vereinigten Staaten, und Hr. Rumpff, Ministerresident der vier deutschen freien Städte, ihre neuen Beglaubigungsschreiben überreicht haben. Die beiden Ersten wurden in Hofwagen zu einer öffentlichen Audienz nach den Tuileries geleitet; der Letztere hatte wegen seines geringern diplomatischen Ranges



